

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

August 2013

08/2013

In wenigen Tagen kommt's darauf an Warum DIE LINKE wählen?

Jede Stimme für DIE LINKE und für unsere Kandidatin Kirsten Tackmann zählt für wirkliche soziale Gerechtigkeit und für ehrliche Friedenspolitik

Nur noch wenige Wochen bleiben bis zur **Bundestagswahl am 22. September 2013**.

Wir haben ein anspruchsvolles Wahlprogramm und erfahrene, gut ausgebildete, echt volksverbundene Kandidaten - wie unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann im Wahlkreis 56. Deshalb lohnt es sich für uns, die LINKEN im Kreis Ostprignitz-Ruppin, einen überzeugenden Wahlkampf mit unserer Direktkandidatin zu führen. Ja, wir kämpfen für ihr Direktmandat und einen hohen Zweitstimmenanteil. Denn dieser ist entscheidend dafür, wie viele Abgeordnete der LINKEN im Bundestag mitreden, mitarbeiten können. Und je mehr Abgeordnete wir haben, desto erfolgreicher sind die Wahlziele für die Interessen der Bürger und für eine friedliche Politik durchsetzbar.

Mit gutem Gewissen können wir eine positive Bilanz ziehen und unseren Wählern offen und ehrlich sagen, was wir bisher gekonnt haben - aber auch, wo wir, die LINKEN, mit vielen Anträgen im Bundestag gescheitert sind, weil die Mehrheitsverhältnisse noch anders liegen. Interessant ist und bleibt jedoch, zu lesen und zu hören, wie viele Vorschläge der LINKEN sich mittlerweile in den Wahlprogrammen der SPD, der Grünen und sogar der CDU wiederfinden.

Als die LINKEN bereits 2002 erstmals im Bundestag einen Antrag zur Einführung eines Mindestlohnes einbrachten, wurden wir verlacht. Und heute? Auch wenn unterschiedliche Stundenlöhne in Ansatz gebracht werden - entscheidend bleibt, dass sich die Regierenden und die Parteien dieser sozialen Frage nicht mehr entziehen können. Oder nehmen wir die Hartz IV-Gesetzgebung. Von Anfang an waren wir der Überzeugung, Hartz IV ist Armut per Gesetz und es sollte lieber Arbeit finan-



ziert werden. Was ist heute das Ergebnis? In der reichen Bundesrepublik leben über 8 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, nicht zuletzt auch durch die Niedriglöhne.

Man könnte noch viele andere soziale Forderungen nennen, die ohne DIE LINKE heute niemals von den Herrschenden aufgegriffen worden wären. Wobei man nie weiß, was nach Wahlen von ihnen tatsächlich verwirklicht wird!

Noch eine lebenswichtige Forderung



Kirsten Tackmann im Bienenmuseum Möthlow

der LINKEN steht dringend auf der Tagesordnung: Schluss mit der Beteiligung der Bundeswehr an Kriegseinsätzen, Schluss mit dem Export von Waffen und Kriegsgesetz! Mit kriegerischen Handlungen wurde noch nirgendwo Frieden geschaffen, aber eins erreicht: Rohstoffquellen wurden erschlossen und horrendes Profite für Konzerne und Banken.

Trotz außergewöhnlicher Sommerhitze und Urlaubszeit beginnt in unserem Wahlkampf die heiße Phase. Die ersten Plakate sind da, die ersten Wahlmaterialien (das gehört nun mal dazu, um die Ziele der LINKEN und unsere Direktkandidatin Kirsten Tackmann noch mehr Wählern bekannt zu machen!). Wir Genossen sind gefordert, das »unter die Leute« zu bringen - wir werden dabei unterstützt von zahlreichen Sympathisanten und Freunden.

Kirsten Tackmann ist auf ihrer Sommertour unermüdlich im ganzen großen Wahlkreis zu vielen Gesprächen und bei Veranstaltungen mit ihrem bekannten Infomobil unterwegs.
(Lesen Sie dazu auch Seite 3)

Platzeck tritt zurück

Presseinformation

Potsdam, 29. Juli 2013

Zur heutigen Ankündigung von Matthias Platzeck, dem Rat seiner Ärzte zu folgen und auf alle politischen Ämter zu verzichten, **erklären Christian Görke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und Gerlinde Krahnert, stellvertretende Landesvorsitzende DIE LINKE, Brandenburg:**

Respekt und Anerkennung für Matthias Platzeck

Matthias Platzecks Entscheidung verdient unseren aufrichtigen Respekt. Wir wünschen ihm alles Gute und vor allem die Stabilisierung seiner Gesundheit.

Wir bedauern zugleich, dass er diese Entscheidung treffen musste. Und wir danken Matthias Platzeck für sein Engagement für unser Land und für die gute Zusammenarbeit in der Koalition.

Matthias Platzeck hat Brandenburg seit 1990 mit gestaltet und seine Spuren hinterlassen. Er hat, wie zuvor Manfred Stolpe und Regine Hildebrandt, den Zusammenhalt der Gesellschaft proklamiert und gelebt. Er war es, der sich entschieden hat, mit uns - gegen viele Widerstände - eine Koalition einzugehen und Gemeinsinn und Erneuerung zu leben.

In den vergangenen vier Jahren haben wir gemeinsam viel erreicht. Brandenburg hat neue Prioritäten gesetzt und sich auf den Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit gemacht - Schüler-Bafög, Vergabegesetz, bundesweites Streiten für Mindestlohn und gute Arbeit, für Solidarität und ein Leben miteinander, bunt, gegen braunen Ungeist, immer vornan.

Mit Dietmar Woidke tritt einer seine Nachfolge an, den wir aus gemeinsamer Arbeit schätzen. Die gemeinsame Arbeit mit der SPD am Koalitionsvertrag und für ein solidarisches Brandenburg wird ohne Bruch weiter gehen.

Am 1. September ist Weltfriedenstag. DIE LINKE ruft auf, an diesem Tag in den Städten und Gemeinden des Kreises der Toten des Zweiten Weltkrieges und der seitdem nachfolgenden Kriege und der Opfer im antifaschistischen Widerstand zu gedenken. Wir treffen uns an den bekannten Gedenkstätten. Unser Schwur bleibt aktuell: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Gedenken mit Arbeit

Die jungen Leute vom JWP MittenDrin haben sich nicht nur viel Arbeit in ihrem zukünftigen neuen Haus - dem ehemaligen Hauptbahnhof in Neuruppin - vorgenommen (und schon geleistet!). Auch in diesem Sommer wird im August wieder ein Workcamp in der Gedenkstätte des ehemaligen Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück organisiert. Es ist das vierte Mal seit 2009.

Sie wollen gemeinsam mit ausländischen jungen Antifaschisten und aus verschiedenen Regionen der BRD vor allem im Siemens-Zwangsarbeitslager an mehreren Projekten arbeiten, z. B. die Gleise weiter freilegen, wo die Deportationszüge mit den verhafteten Frauen ankamen, oder den Weg in das »Siemenslager« (das bis heute immer noch nicht Teil der offiziellen Gedenkstätte ist und nur von Freiwilligen gepflegt wird) erhalten. Diese praktische Arbeit soll eng mit dem weiteren Kennenlernen der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden werden, mit Diskussionen dazu und mit Bemühungen, die Öffentlichkeit für das schwere Schicksal

dieser Frauen, die Zwangsarbeiterinnen in Ravensbrück waren, noch mehr zu interessieren.

Die Gedenkstätte des ehemaligen Frauen-KZ wurde in diesem Frühjahr, neu konzipiert und überarbeitet, wiedereröffnet. Auch deshalb lohnt sich ein Besuch in Ravensbrück bei Fürstenberg.

Erstrittener Erfolg

Die Linksjugend [solid] war bisher von jeglicher Förderung aus dem Bundeshaushalt, den andere Jugendorganisationen der im Bundestag vertretenen Parteien erhalten haben, ausgeschlossen. Bundesministerin Schröder hatte dies der Linksjugend verweigert, Solid hat sich dagegen mit juristischen Mitteln gewehrt. Lt. ND vom 24.07.2013 hat sich nun Solid einen Vergleich mit dem Bund erstritten, soll künftig auch wie andere Jugendorganisationen behandelt werden und Zuwendungen für die politische Jugend- und Bildungsarbeit erhalten.

Kommentar

Gauck und sein Freiheitsbegriff

Als die Rekruten der Bundeswehr zum Gelöbnis am 20. Juli antraten, ließ es sich der freiheitsliebende Bundespräsident Gauck nicht nehmen, die festliche Ansprache zu halten.

Gauck verteidigte die Kampfeinsätze der Bundeswehr als »moralisches Gebot«. Er erklärte den Soldaten, dass sie für »Frieden, Freiheit und Menschenrechte« ihren Dienst tun und bezeichnete sie erneut als »Mutbürger«.

Ohne den Afghanistankrieg direkt zu nennen, sagte er, es könne »sich unter Umständen herausstellen, dass wir uns mit unserer Einschätzung geirrt haben«. AHA Herr Gauck, worauf warten Sie noch? Sie haben doch sonst immer einen flotten Spruch auf den Lippen, wissen, was Freiheit und Menschenwürde ist. Warum hat der Bundespräsident nicht den Mut zu sagen: »Ja, die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg war von Anfang an ein Fehler. Wir haben am Hindukusch nichts zu verteidigen«. Aber dafür fehlt ihm wahrscheinlich der Mut. Von einem Pfarrer erwartet man eine pazifistische Gesinnung. Aber, als Glied der Herrschenden in Deutschland, muss ja der Bundespräsident seine Klientel bedienen. Auch deshalb hat er den Soldaten mit auf den Weg gegeben: »Dem Frieden der Welt dienen«-»wo nötig, auch mit militärischer Gewalt«. Schließlich müssen wir ja Rüstungsgüter verbrauchen, um die deutsche Wirtschaft zu stärken.

Spätestens jetzt muss jedem klar werden, warum DIE LINKE Gauck nicht wählen konnte, da seine Kriegs-Politik nicht unsere Politik ist.

am

Denkt an eine Wahlspende!

Wie auf vielen Gebieten, sind auch die Kosten für Wahlmaterialien und Wahlveranstaltungen für DIE LINKE ganz beträchtlich angestiegen. Der Kreisvorstand bemüht sich sehr um eine sparsame Auswahl von Wahlmaterialien, aber wir sind doch sehr auf eure Spenden angewiesen.

Wir bitten euch deshalb um Wahlspenden auf unser Konto DIE LINKE. Kreisvorstand OPR, Kto.-Nr. 1632361, BLZ 160 619 38, Raiffeisenbank OPR e.G.

Unsere Kandidatin unterwegs

Gespräche und Treffen mit Bürgern gab es beim Infostand unserer Bundestagskandidatin Kirsten Tackmann am 18. Juli 2013 in Neuruppin trotz großer Hitze und ungünstigem Zeitpunkt - nachmittags ist am Markttag nicht so viel los.

x

In Fehrbellin war Kirsten Tackmann am 23.07.2013 gemeinsam mit der derzeitigen »Besatzung« unseres Roten Fahrrads zum Infostand vor den Kaufhallen. Am Nachmittag besuchte sie - auf deren Wunsch-, eine Agrargenossenschaft im Kreis.

x

Bei einem Besuch in Katerbow - Bürgerinitiative Landesstraße L 18, die sich energisch für die Reduzierung des LKW-Verkehrs (der die Autobahn und die Maut meidet) durch ihr Dorf einsetzt -, machte sich Kirsten Tackmann bei Astrid und Heinz Kailuweit-Venhaus mit diesem dringenden Problem für die Bürger vertraut.

x

Am 18.07.2013 hatte Kirsten Tackmann in Walsleben den Alpaka-Hof besucht. Der Besitzer dieses landwirtschaftlichen Betriebes beklagte sich, dass er von jeglicher

landwirtschaftlicher Förderung, obwohl dringend notwendig, ausgeschlossen ist. Genossin Tackmann versprach, sich darum zu kümmern.

x

In Wall besuchte sie am 23. 07.2013 das Feriencamp auf dem Bauernhof von Gerhard Stolz, durch die Nähe zu Tieren und Natur besonders interessant für Kinder. 18 Schüler aus dem Berliner Umland hatten gerade ihren »Fachtag Imkerei«. Der ehemalige Lehrer Rümenapf aus Rägelin, begeisterter Imker seit Jahrzehnten, weckte mit gutem Anschauungsmaterial und lebendigen Erzählungen das Interesse der Kinder. Und zum Abschluss bezahlte und spendierte Kirsten Tackmann noch für jeden Schüler ein großes Glas Honig.

x

An weiteren Tagen war Genossin Tackmann im Wahlkreis in der Prignitz, in Neustadt und im Havelland gemeinsam mit Landtagsfraktionschef Christian Görke



Kirsten Tackmann besucht die Alpaka-Zucht in Walsleben

unterwegs. Sie hatte außerdem zu einer Diskussionsrunde mit den Bundestagskandidaten der anderen Parteien im Wahlkreis eingeladen.

Bekanntlich treten außer ihr noch Dagmar Ziegler (SPD), Sebastian Steineke (CDU), Jens-Dieter Engelhardt (FDP), Kathrin Anke Boleslawsky (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Polte (Piraten), Hans-Georg Rieger (Einzelbewerber), Matthias Krebs (Für Nordwestbrandenburg), Jonas Kayser (Gegen Arbeitslosigkeit und Rassismus!) und Peter Börs (NPD) zur Bundestagswahl an.

Der Kreiswahlausschuss OPR hat Ende Juli alle 10 eingereichten Vorschläge im Wahlkreis 56 zugelassen.

Fleißige Bienchen auf dem Bauernhof

Natürlich wissen wir heutzutage ganz genau wie lecker eine frisch geschmierte Honigschmitte schmeckt, doch wie viel Aufwand es benötigt ein Glas Honig herzustellen, weiß kaum jemand. Und wie genau ist das eigentlich mit der Biene? Kann ein Insekt wirklich ein Nutztier sein? Und dazu noch das dritt wichtigste in unserer Gesellschaft?

In den Sommerferien organisierte der Internationale Bund e.V., der Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz e.V. und die Berlin Brandenburgische Landjugend e.V. eine Ökoprotjektwoche auf dem Bauernhof »Stolz« in Wall zum Thema »Die Honigbiene«. Da wir das Thema so spannend fanden, hatten wir die Idee, einen Kriminalfilm zu drehen. Schnell war das Drehbuch ausgedacht: »Die verschwundene Königin«. Schwieriger war es schon, den Fragen auf den Grund zu gehen. Frau Tackmann,



die Bundestagsabgeordnete der Linken, besuchte uns und schnell bekam auch sie eine Filmrolle zugewiesen. Sie spielte sich selbst und erklärte uns, dass wir die verschwundene Königin beim Imker suchen sollen. Das war ein guter Tipp. Der Imker

Rümenapf zeigte uns in einem Workshop allerlei zum Thema Biene. Wir lernten wie wichtig die Bienen für unsere Umwelt ist und welche Produkte so ein Imker herstellt. Und wer hätte schon gedacht, dass eine Biene fünf Augen hat oder das Wachs als natürliches Trennmittel für Gummibärchen eingesetzt wird. Für uns ist es nun noch wichtiger die Umwelt zu schützen und zu erhalten, das bemerkte

auch Frau Tackmann und belohnte unsere Arbeit mit einer Spende von 100€ Davon kauften wir uns Honig vom Imker.

Die Teilnehmer der Ökoprotjektwoche

Freihandelsabkommen gefährdet europäischen Verbraucherschutz

Zwischen der EU und den USA wurden im Juli Gespräche zu einem Freihandelsabkommen aufgenommen. Ende 2014 soll der Vertrag unter Dach und Fach sein und damit die mit 800 Millionen Menschen größte Freihandelszone der Welt entstehen. Wirtschaftswachstum bis zu 224 Milliarden Euro jährlich, neue Arbeitsplätze und Innovationen werden versprochen. Doch neben der grundsätzlichen Kritik der LINKEN an solchen bilateralen Wirtschaftsabkommen könnte es vor allem für die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher eine Kehrseite der Medaille geben. Verbraucher- und Umweltschutzorganisationen warnen zu Recht vor einer Amerikanisierung europäischer Lebensmittelstandards. Sie befürchten, dass auf dem Altar des Freihandels das EU-Prinzip eines vorsorgenden Verbraucherschutzes geopfert wird. Das wäre bei aller Kritik der oft allzu wirtschaftsfreundlichen EU-Verbraucherschutzpolitik ein gravierender Rückschritt.

Zulassung von Gentech-Pflanzen

Das Abkommen sieht die schrittweise beiderseitige Liberalisierung des Handels und der Investitionen im Bereich Waren und Dienstleistungen vor. Unnötige

Regulierungsschranken sollen beseitigt werden, beispielsweise die »nicht-tarifären Handelshemmnisse«. Dabei handelt es sich um unterschiedliche Standards und Vorschriften, für die Exporteure teilweise enorme Folgekosten geltend machen. So wird seit Jahren von der Agrar-Lobby auf eine zwischen der USA und der EU harmonisierte Zulassung von Gentech-Pflanzen gedrängt. Das würde die Abschaffung der in der EU gültigen Nulltoleranz für nicht zugelassene Gentech-Pflanzen bedeuten. Das würde den USA als weltweit größter Agrarproduzent und -exporteur den EU-Markt weit öffnen. Zu einem hohen Preis für den Verbraucherschutz.

Verbraucherschutz würde geopfert

Beim Freihandelsabkommen stehen aber noch mehr verbraucher- und agrarpolitische Themen zur Diskussion. So ist in den USA die Desinfektion von Geflügelfleisch im Chlorbad erlaubt. Ebenso dürfen immer noch Wachstumshormone zur Leistungssteigerung der Tiere eingesetzt werden. Auch Klon-Fleisch sehen die USA nicht als Problem. Dies alles ist in der EU zu Recht verboten. Auch die strenge EU-Chemikalien-Richtlinie REACH geht deutlich über die laschen

US-Gesetze hinaus. Die USA sehen solche EU-Grundsätze als unnötigen Protektionismus.

Keine Amerikanisierung

Uns LINKEN geht es bei den Verhandlungen nicht um wenige Detailfragen, sondern um eine völlig andere Bewertung des Verbraucherschutzes. EU-Standards sollen Mensch und Umwelt vor Risiken zu bewahren. In solchen Fällen ist eine Handelsbeschränkung auch richtig. Der vorsorgende Verbraucherschutz darf als Prinzip nicht aufgegeben werden. Eine Amerikanisierung der EU-Landwirtschaft mit ausgeräumten, monotonen Agrarlandschaften muss verhindert werden. DIE LINKE hat gefordert, den kompletten Bereich der Land- und Lebensmittelwirtschaft vom Verhandlungsmandat herauszunehmen. Eine Liberalisierung in den Bereichen IT, Textil oder Automobilität ist aus LINKER Sicht mindestens fragwürdig, aber im sensiblen Bereich der Ernährung wäre sie eine steigende Bedrohung. Statt auf Agrarexporte sollte sich die EU-Agrarwirtschaft wieder mehr auf regionale Versorgung und Wirtschaftskreisläufe orientieren.

Dr. Kirsten Tackmann, MdB

Beginnt hier etwa ein Sinneswandel?

Hört, hört, Herr Dr. Kowalczuk, Projektleiter beim »Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatsicherheitsdienstes der DDR«, schlägt plötzlich neue Töne an. Man kann ihm mit Sicherheit nicht unterstellen, die DDR irgendwie zu beschönigen. Aber er stellt jetzt in einer neuen Studie fest, dass die bisherige Auseinandersetzung mit dem »DDR-Unrecht« mit schweren Mängeln behaftet sei, indem man das MfS dämonisiert habe. Es wurde ein Bild vom DDR-Geheimdienst geschaffen, welches **»mit der Realität nichts gemein habe«**. Mit der Bezeichnung IM seien Menschen »auf das Böse schlechthin« reduziert worden, so als wenn sie sonst nicht anderes in ihrem Leben getan hätten. Außerdem stellt er fest, dass die von der BStU vorgelegten Zahlen der IM **»auf Hochrechnungen und Schätzungen«** beruhen, also weder tatsächlich oder real

belegbar sind.

Bei seinen Recherchen ist er auch zu der Erkenntnis gelangt, dass **»keine Personengruppe«** in der DDR **»so intensiv und systematisch«** überwacht wurde, wie die Hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter selbst.

Trotz Jahrzehnte langer Bemühungen der Beweisführung, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, ist es bisher nicht gelungen, irgendwelche Beweise dafür zu erbringen. Kowalczuk stellt fest: **»Die Stasi und ihre IM wurden aber auch zum Sündenbock gemacht, als wären die an allem schuld gewesen Diese Stimmung beherrschte das öffentliche Klima«** (seit 1990 in der BRD –A.M.) **»... und wurde besonders von den Medien in ihrer Sucht nach Sensationen betrieben...«**. Erfolgreiche Filme wie **»Das Leben der Anderen«** haben die Stasi weltweit zum Übel schlechthin erklärt

und Bilder über sie zementiert, die mit der Realität nur schwer vereinbar sind«.

Dies schreibt ein bürgerlicher Wissenschaftler / Historiker, der bei der BStU arbeitet und mit der Materie engstens vertraut ist. Eine gleiche Sichtweise äußerte aber auch der gewiss nicht DDR-freundliche Spiegel-Journalist Stefan Berg nach seinen Recherchen. Auch wenn die Hardliner, wie der Behördenleiter Roland Jahn oder der selbsternannte STASI-Jäger Hubertus Knabe, nach wie vor an ihrer alten Sicht- und Argumentationsweise festhalten, (wahrscheinlich, um ihre gut bezahlten Jobs zu sichern), teilen andere, auch bei der BStU angestellte Mitarbeiter die von Kowalczuk gezogenen Schlussfolgerungen.

Auch sie fordern genau so wie der Autor

Fortsetzung Seite 5

Neues aus dem Landtag

Mit Sorge verfolgte die Landtagsfraktion DIE LINKE die Vorwürfe gegen die drei Einrichtungen des Jugendhilfeträgers Haasenburg GmbH in Brandenburg. Jetzt nimmt sich eine Expertenkommission dieser Vorwürfe an, die das pädagogische Konzept des Trägers fachlich überprüft und untersucht. Der Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik der Landtagsfraktion DIE LINKE, Torsten Krause erklärt: »Es muss sichergestellt sein, dass die aktuell in den Einrichtungen betreuten Kinder keiner Gefährdung ihres Kindeswohls oder eines nicht legitimierten Verhaltens durch das Personal ausgesetzt sind. Die im Raum stehenden Vorwürfe müssen zügig aufgeklärt werden – zum Wohle der Kinder.«

Wichtigstes Thema war der Rücktritt des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck.

Der Landtagsabgeordnete Dieter Groß erklärte dazu: »Natürlich fällt mit Matthias Platzeck eine Persönlichkeit weg, die mit ihrer Fähigkeit zur überparteilichen Integration nur schwer zu ersetzen ist. Trotz der Berücksichtigung der komplizierter werdenden Bedingungen ist die jetzige rot-rote Landesregierung die beste Regierung, die wir je hatten, auch dafür gebührt ihm Dank und Respekt. Dennoch werden die Koalition und besonders die Fraktion DIE LINKE die Arbeit wie gewohnt fortsetzen.«

Am 7. August findet auf Initiative der Vorsitzenden der Initiative zur Rettung der niederdeutschen Sprache Adelheid Schäfer, der Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann und des Landtagsabgeordneten Dieter Groß in

Wittstock ein runder Tisch zur Rettung der Sprache statt. Auf dem 2. Tag der Niederdeutschen Sprache am 13. Juni 2013 in Wittstock wurde die Haltung der brandenburgischen Landesregierung durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kritisch eingeschätzt. Die Regierung würde das Niederdeutsche nicht konsequent als Teil der Kultur Brandenburgs bewerten und nur unzureichend als Teil Brandenburger Kultur wahrnehmen. Eine Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen ist seit mehr als 15 Jahren in Deutschland in Kraft, nun muss sich auch Brandenburg überlegen, wie die Charta umgesetzt werden soll. Auch Initiativen und Gespräche von Groß mit der ehemaligen Kultusministerin Münch brachten keine Ergebnisse, deshalb ist es nötig, das Thema erneut auf die Agenda zu bringen. Am 5. 8. organisierten die Abgeordneten Thomas Domres und Dieter Groß Gespräche mit dem Bürgermeister von Wittstock Jörg Gehrman, dem Finanzminister Helmut Markov und dem Wirtschaftsminister Ralf Christoffers in Potsdam.

Dieter Groß war auch in der parlamentsfreien Zeit wieder im Wahlkreis unterwegs, insbesondere zu gemeinsamen Bundestagswahlkampfterminen mit Kirsten Tackmann. Wichtig war das Engagement für die Eltern der Schüler des Goethe-Gymnasiums in Pritzwalk, wo er ein Treffen mit der Staatlichen Schulaufsicht im Schulamt Perleberg organisierte. Weiterhin führte ihn die Wahlkreisreise unter anderem ins Haupt- und Landesgestüt Neustadt/Dosse (21.7. Landesmeisterschaften im Pferdesport;



26.7. Eröffnung Schöllerfestspiele), nach Straßensperrung in Schweinrich

Wittstock (7.7. Rosenfest als Auktionator bei der Versteigerung des Rosenkleides zu Gunsten eines sozialen Projektes und 24.7. Wittstocktour mit Stadtrundgang, Bürgermeistergespräch, Volksolidarität, Besuch der Hundestaffel [u.a.] mit Kirsten Tackmann und Vertretern des RV Wittstock, Gedenkstätte Belower Wald (mit Karl Otto Kaschull vom RV Wittstock) und nach Schweinrich (26.7. Straßensperrung aus Protest gegen hohes LKW-Aufkommen. Bei Gesprächen mit Vertreter_innen der Bürgerinitiative vermittelte Groß Kontakte zu zuständigen Stellen wie Bauamt und Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft. Auch die Sprechstunden fanden trotz Sommerzeit in Pritzwalk, Neuruppin und Wittstock regelmäßig statt.

Christian Richter

Fortsetzung von Seite 4

der Studie, dass das Stasi-Problem nicht isoliert zu betrachten sei, weil man dabei unweigerlich zu folgenreichen Fehleinschätzungen kommt, sondern den Gesamtkomplex SED und MfS nur als Spitze eines komplexen »Sicherungs-Kontroll- und Überwachungsgeflechts« der DDR zu betrachten und zielgerichtet zu erforschen.

Kowalczuk schlussfolgert: »Es kommt darauf an, DDR- Biografien in ihrer Vielfältigkeit und auch Widersprüchlichkeit wahrzunehmen..... In den Medien sollte endlich die Skandalisierung von Stasi-Fällen aufhören. Und wir sollten uns bei der Betrachtung der Stasi auf das konzentrieren, was tatsächlich war und was beweisbar ist.«

tung der Stasi auf das konzentrieren, was tatsächlich war und was beweisbar ist.«

Dem kann man eigentlich nichts mehr hinzufügen. Wir dürfen aber gespannt sein, wie die Politiker aller Couleur, aber vor allem die Medien, jetzt reagieren werden. Hören sie zukünftig noch genau so unkritisch wie bisher auf Meinungen der Hardliner aus der BStU oder auf die unbewiesenen Anschuldigungen der Stasi- Jäger wie Hubertus Knabe und Co., als es um reißerische, neue Erkenntnisse ging, oder kommen die Medien endlich zu einer sachlichen und den Realitäten in der DDR angepassten Berichterstattung?

Achim Müller

12 Parteien zur Wahl

Der Landeswahlausschuss in Potsdam hat kürzlich über die Zulassung der Parteien zur Bundestagswahl entschieden. Zugelassen zur Wahl wurden DIE LINKE, SPD; CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie die NPD, die Piratenpartei Deutschland, die REPUBLIKANER, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, die Alternative für Deutschland, die Bürgerbewegung pro Deutschland und die FREIEN WÄHLER. 3 Parteien - Freie Wähler Deutschland/FWD, DIE ALTERNATIVEN, NEUE MITTE - erhielten ihre Zulassung nicht, weil sie die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllten.

Vielen Dank, Herr Snowden!

Seit einigen Wochen bewegt die so genannte Affäre »Snowden« die deutsche und internationale Politik. Aber ist es wirklich nur eine Affäre Snowden oder eine Affäre der Geheimdienste, vor allem der USA und Europas. Herr Snowden hat doch nichts anderes getan als das, was die in Deutschland jeweils Regierenden den ehemaligen Mitarbeitern des MfS vorwerfen, nämlich bei Verletzung der Menschenrechte die Öffentlichkeit nicht gesucht zu haben. Snowden hat das als ehemaliger Geheimdienstler getan, und nun ist er ein Feind der Freiheit und Demokratie.

Erstaunen der Bundesregierung

Die Bundesregierung war erschüttert, als sie erfuhr, wie die NSA der USA Deutschland ausspioniert. Wie sieht aber die Realität aus? Dem MfS der DDR wurde vorgeworfen, keiner demokratischen Kontrolle, im Gegensatz zu den Geheimdiensten der BRD, unterlegen zu haben. Wie sieht aber die heutige demokratische Kontrolle aus? Da können über 12 Jahre Nazis des NSU mit Wissen der Verfassungsschützer in Deutschland morden, da durchstöbern BND-Agenten mit Hilfe von USA-Software Deutschlands Kommunikationen, egal, ob Telefon oder Internet, und keine Regierung, egal welcher Partei, nimmt daran Anstoß. Wo war und ist denn die parlamentarische Kontrolle? Was wissen die Abgeordneten des Bundestages und dessen Fachausschüsse von den konkreten Aktivitäten und Ergebnissen der Geheimdienste? Scheinbar nichts, denn wozu müssen sonst Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden.

Eigentlich entspricht es doch der Logik, dass Geheimdienste geheim arbeiten, Geheimnisse erforschen und auswerten. Man kann also nicht erwarten, dass ein erfolgreicher Geheimdienst seine Ergebnisse veröffentlicht. Wenn aber massive Verletzungen der Gesetze geschehen, dann müssen die entsprechenden Gremien einschreiten. Wenn gar die Grundlagen unserer Verfassung verletzt werden, darf man wohl unsere Regierung fragen, was noch geschehen muss, damit die Kanzlerin endlich handelt.

Man wusste Bescheid

Tagtäglich kommen stückchenweise Einzelheiten ans Licht der Öffentlichkeit, die einem die Zornesröte ins Gesicht treibt.

Nicht aber unserer Bundeskanzlerin, die lapidar verkündete, dass Geheimdienst-sachen nicht ihr Metier, sondern das ihres Kanzleramtsministers Profalla seien. Informiert etwa Profalla seine Chefin nicht? Interessiert es die Kanzlerin nicht, die einen Amtseid, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, geleistet hat, oder gibt es andere Gründe? Vielleicht ein devotes Verhalten gegenüber dem Weltgendarm USA?

Und nun kommt der »Hammer«. Bereits seit 1992 weiß die Bundesbehörde für die ehemaligen STASI-Unterlagen, also auch unser Bundespräsident Herr Gauck als damaliger Leiter, aus MfS-Unterlagen von den Überwachungspraktiken der NSA in der Bundesrepublik. Diese alten, jetzt als hoch geheim

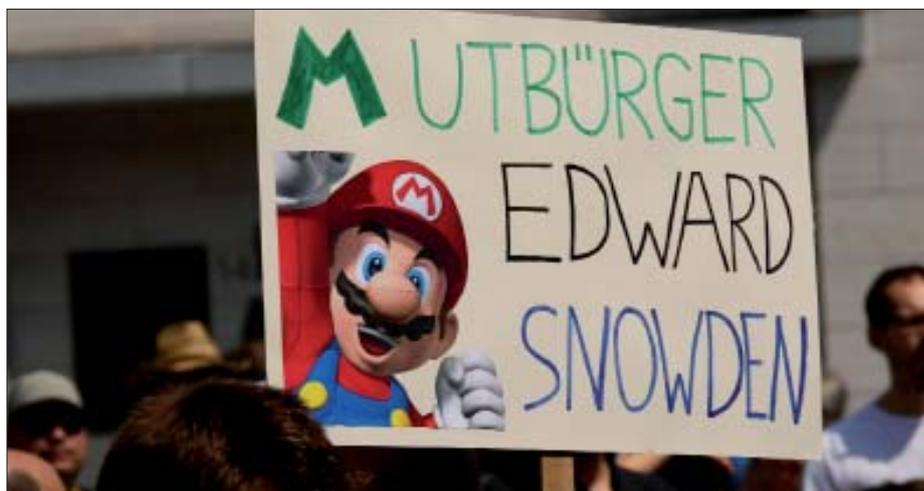


Foto:Username_Stopped_70101712@N00

eingestuften MfS-Unterlagen wurden nach Zeitungsberichten im Juli 1992 vom Bundesinnenministerium von der BStU eingezogen. Aus mehr als 13.000 originalen NSA-Unterlagen, die im Besitz des MfS waren, sei hervorgegangen, wie bereits in den 70er Jahren das Bundeskanzleramt und Großkonzerne (beispielsweise Siemens) von der NSA überwacht wurden. Auch gehe daraus hervor, dass Ende der 80er Jahre die NSA direkten Zugriff auf alle Einwohnermelderegister der BRD gehabt hat.

Wie die drei Affen - nichts sehen, nichts hören, nichts sagen

Nun hatten ja einige Optimisten erwartet, dass die Bundeskanzlerin auf ihrer groß angekündigten Sommer-Pressekonferenz endlich einmal Klartext spricht. Aber weit gefehlt, typisch nach Merkel'scher Art – aussetzen - abwarten und Tee

trinken, ging sie in die Sommerpause und in den Bundestagswahlkampf.

Innenminister Friedrich kam, nach seiner »Aufklärungsreise«, aus den USA mit leeren Händen zurück. Die amerikanischen Freunde müssen erst einmal prüfen, ob und wann sie der deutschen Regierung etwas Konkretes sagen, das ließ er offen.

Bei uns zählt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts, betont immer wieder die Bundeskanzlerin. Trotzdem verweigerte Deutschland genau so wie andere EU-Staaten auf amerikanischen Wunsch, entgegen dem Völkerrecht, russischen Flugzeugen die Überflugrechte, als sie Snowden ins süd-amerikanische Asyl fliegen wollten. Und dann das noch. Die Präsidentenmaschine des bolivianischen Präsidenten wurde wegen des Verdachts, dass Snowden an

Bord sei, zur Landung in Wien gezwungen. Erst nach ca. 12 Stunden Zwangsstopp konnte die Maschine ihren Flug fortsetzen.

Übrigens hatte die Deutsche Bundesregierung einen Asylantrag Snowden's schnellstmöglich abgeblockt.

Achim Müller

Aufgelesen

Sommerloch

Heißluft-geheuchelte Debatten um nichts

x

Gewinnmaximierung

Patient Pflege am Spartropf der Politik

Janina Niemann-Rich, Lyrikerin

Hartz-IV macht krank

Aus aktuellem Anlass führte unser Redaktionsmitglied Achim Müller folgendes Interview mit Rechtsanwalt Gerd Klier:

Frage: Neulich erfuhr ich, dass es Hartz-IV-Empfänger in unserem Kreis gibt, die vom Jobcenter (Lüdemann-Amt) auf Grund falscher Berechnungen Rückzahlungsforderungen von zehntausend, fünfzehntausend und mehr Euro erhalten haben. Diese Bedürftigen sind gezwungen, in die Privatinsolvenz zu gehen, wobei sie von Schuldnerberatern wie Genossen Siegfried Wittkopf von der gemeinnützigen sozialen Initiative Niederlausitz beraten und begleitet werden.

Kannst du diese Information aus deiner Praxis als Fachanwalt bestätigen?

Gerd Klier: Ja, das kann ich. Schon mehrfach war und bin ich mit dieser Problematik befasst, wobei hier nicht nur die finanzielle Komponente, sondern vor allem die psychische Belastung der Mandanten mir Sorgen bereitet. Ich verletze hier nicht meine anwaltliche Schweigepflicht, wenn ich Dir sage, dass **nicht nur ein Mandant** mir weinend, schluchzend und zitternd gegenüber saß und nicht mehr ein noch aus wusste. Diese Forderungsbescheide des Jobcenters treffen die Arbeitslosen zumeist völlig unvorbereitet, die sich keiner Schuld bewusst sind. Wir hatten auch Fälle, in welchen psychiatrische Behandlungen bis hin zu stationären Einweisung erforderlich wurden. In diesen Fällen wird im Einvernehmen mit den Bedürftigen in der Regel Rücksprache mit dem Hausarzt geführt, bzw. die Betroffenen haben sich selbst um stationäre Aufnahme bemüht. Wenn Jemand nicht mehr weiß, wie er sich ernähren soll, und trotzdem seine häufig **von ihm unverschuldeten** Schulden zurück zahlen soll,

ist dies bereits schlimm. Noch belastender wird es, wenn eine mit viel persönlichen und finanziellen Opfern aufgebaute selbständige Existenz zerstört wird oder die Bedürftigen ständig Angst und Depressionen haben, weil sie nicht mehr wissen, wie sie ihre Kinder vernünftig ernähren, kleiden und bilden sollen, Angst vor Verlust der Wohnung haben und keinesfalls wollen, dass sie mit ihren minderjährigen Kindern auf der Straße landen.

Frage: Du bist ja nicht nur Anwalt für Arbeits- und Sozialrecht, sondern auch als Fachanwalt für Medizinrecht recht aktiv. Im Zusammenhang mit der Problematik Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung gibt es jetzt Diskussionen für oder gegen den Organspendeausweis. Nach Medienveröffentlichungen soll es nicht nur den Organspendeskandal gegeben haben, sondern auch Spender, die im Koma liegen, sollen so lange künstlich am Leben erhalten werden, bis ihr frisches Organ gebraucht wird. Dabei weiß kein Mensch, auch nicht die Ärzte, ob der Koma-Patient dabei unerträgliche Schmerzen erleidet bzw. sein Leiden dadurch noch verlängert wird. Kann es hier nicht zu einem Konflikt mit den Festlegungen in der Patientenverfügung kommen? Was rätst du deinen Mandanten in diesem Konfliktfall?

Gerd Klier: Zunächst ist es erst einmal erforderlich, dass überhaupt eine Patientenverfügung erstellt wird. Meist kommen ältere Menschen zu mir, um eine solche erstellen zu lassen. Ich halte jedoch eine Patientenverfügung **für junge Menschen** für noch viel **wichtiger**. Es gibt immer wieder junge Menschen, die Erkrankungen wie Herzinfarkt, Schlaganfall oder Krebs erleiden. Jeder, der mit dem Auto,

Motorrad oder Fahrrad, ja selbst als Fußgänger unterwegs ist, kann bei einem Unfall erhebliche Verletzungen erleiden und ist dann womöglich ein noch **viel längeres Leben** auf die Anweisungen aus seiner zuvor gefertigten Patientenverfügung angewiesen, wenn er nicht fremdbestimmt werden möchte.

In die Patientenverfügung können konkrete Bestimmungen aufgenommen werden, welche auch die Problematik Organspende betreffen, und an die Ärzte **strikt gebunden** sind.

Zusätzlich zur Patientenverfügung sollte eine Betreuungsverfügung erstellt werden. Diese bestimmt, wer im Fall der Fälle als gesetzlicher Betreuer (früher sagte man Vormund) vom Gericht bestellt wird. Dieser Betreuer ist dann auch **gesetzlich verpflichtet**, den Willen aus der Patientenverfügung gegenüber den Ärzten durchzusetzen. Wir nehmen auch Bestimmungen in die Patientenverfügungen auf, wonach ein **Arztwechsel vorgenommen werden muss**, wenn sich der behandelnde Arzt nicht an die Patientenverfügung oder an die Bestimmungen für die Fälle, wo eine zweite ärztliche Meinung einzuholen ist, hält.

Frage: Deine Darlegungen sind sehr interessant und ich weiß, dass deine Artikel und Veröffentlichungen immer mit großem Interesse gelesen werden. Was ich persönlich jedoch besonders hervorheben möchte und mir sehr gut gefällt, sind die Fachvorträge und Foren, die du vor und mit Interessierten durchführst. Wirst du diese Formen auch weiterhin anbieten?

Gerd Klier: Du glaubst gar nicht, wie viele Nachfragen mich dazu erreichen. Oft scheidet es jedoch daran, dass sich kein Verantwortlicher findet, der solch ein Forum organisiert. Nach wie vor besteht mein Angebot, in Basisorganisationen unsere Partei, aber auch in / bei regionalen Vereinen oder Veranstaltungen zu dieser Problematik zu sprechen, wo auch die Möglichkeit besteht, mir individuelle Fragen zu stellen, die ich gerne beantworte.

Lieber Gerd, ich danke dir ganz herzlich für das Gespräch.

Erreichbarkeit:

Anwaltskanzlei Klier & Schulze,
Neuruppin, Fehrbelliner Straße 138,
Tel.: 03391/45 40 11
Siegfried Wittkopf, »Schuldner in Not«,
Büro Alt Ruppin, Wuthenower Str. 11,
Tel.: 0152 / 28 93 91 37

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.9.	Johanna Rosenberg	in Neuruppin	zum	87.
Am	1.9.	Günter Wissel	in Kleinzerlang	zum	71.
Am	2.9.	Gisela Beckmann	in Kyritz	zum	75.
Am	11.9.	Erna Schölzel	in Neuruppin	zum	79.
Am	18.9.	Anne Klann	in Wittstock	zum	79.
Am	19.9.	Sigrid Stolz	in Wall	zum	70.
Am	21.9.	Rudi Klann	in Wittstock	zum	83.
Am	22.9.	Elfriede Wrosch	in Kyritz	zum	92.
Am	26.9.	Werner Schimmelpfennig	in Lindow	zum	82.
Am	28.9.	Anita Hüber	in Neuruppin	zum	86.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke Kreisvorstand OPR
Kto.-Nr.: 1632361, BLZ: 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Nützliche Impulse für eine linke Politik

Was würde Gysi anders machen als die anderen Politiker hierzulande?

Gregor Gysi ist das bekannteste Gesicht der Linken in Deutschland. Das hat viele Gründe. Etwa seine Intelligenz, seine Originalität und seinen Witz. Dafür wird er von den einen geliebt und von den anderen gehasst, aber ignorieren kann ihn keiner.

Im September wird ein neuer Bundestag gewählt. Die Parteien, die sich um Sitz und Stimme im Parlament bewerben, haben Programme beschlossen, eines dicker als das andere, doch allen ist gemeinsam: kaum jemand wird sie lesen, denn die Wähler votieren nicht für Programme, sondern für Personen.

Gregor Gysi hat in der ihm eigenen Weise sein persönliches Wahlprogramm formuliert. Es ist originell, intelligent und vor allem lesbar. Und trotzdem ist es hochpolitisch. Gysi fragt: Woran krankt unsere Gesellschaft, was sind unsere Probleme, und wie kommen wir aus der Sackgasse, in die die herr-



schende Politik das Land gesteuert hat? Natürlich weiß er, dass seine vernünftigen Überlegungen nur theoretischer Natur sind und die Wahrscheinlichkeit ihrer unmittelbaren Realisierung gering ist. Aber wie der stete Tropfen den Stein höhlt, so können kluge Gedanken sukzessive den Zeitgeist verändern.

Daran arbeitet Gregor Gysi seit zwanzig Jahren, und das keineswegs erfolglos. Und er tut es weiter: mit diesem Buch. »Es geht Gysi darum, die Leute für etwas zu interessieren, zu begeistern: die Welt zu verändern. Das klingt für ein im Wahlkampf platziertes Buch übertrieben groß. Kleiner aber sind selbst die kurzfristigen Verbesserungen heute nicht mehr zu haben«, schreibt unsere sozialistische Tageszeitung »neues deutschland«.

Gregor Gysi – Wie weiter?
Verlag Das Neue Berlin, 192 S., 12,99 €

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 21.08.13	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 26.08.13	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 26.08.13	Bürgerversammlung zur Bundestagswahl DIE LINKE. Regionalverband Temnitz mit Dr. Kirsten Tackmann, MdB 19.00 Uhr, Walsleben-Gemeindezentrum
Dienstag, 27.08.13	Beratung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. OPR 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 02.09.13	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 05.09.13	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str.1
Donnerstag, 05.09.13	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 09.09.13	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 10.09.13	Veranstaltung DIE LINKE. Regionalverband Rheinsberg – Lindow mit Nancy Larenas zum 40.JT d. Militärputsches in Chile 19.00 Uhr, Rheinsberg, S.-Allende-Schule,
Mittwoch, 11.09.13	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Sonabend, 14.09.13	Sommerfest DIE LINKE. Regionalverband Wittstock 14.00 Uhr, Schloss Goldbeck
Montag, 16.09.13	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Wittstock 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);
Redaktion: Dr. Lutz Geue, Christa Horstmann, Achim Müller, Tobias Peschel, Jürgen Schubert, Gisela Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 06.09.2013
Erscheinungsdatum: Mi., 18.09.2013

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Agrarpolitik und Verbraucherschutz, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz«, stellv. Mitglied im Petitionsausschuss, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Leiterin des Arbeitskreises »Infrastruktur und Haushalt«.

Tel.: 030 / 227 74 309
Fax: 030 / 227 76 308
Funk: 0173 / 38 04 592

www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro, Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**

Tel.: 033971 / 328 57
Fax: 033971 / 328 93

E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Wissenschaft, Forschung und Kultur«; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für »Bildung, Jugend und Sport« und »Landesjugendhilfeausschuss«.

Tel.: 0331 / 9661526
Funk: 0172 / 3500435

www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**

Tel.: 03394 / 4997064
Fax: 03394 / 4997065

E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo 10.00-13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 2383

Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion DIE LINKE Friedemann Göhler

Tel.: 03391 / 2383

Funk: 0176 / 20627803

Sprechzeiten: Mo. (2./4.) 16.00 - 17.00 Uhr.

DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 655420

Fax: 03391 / 655422

www.dielinke-opr.de

E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe nebenstehende Termine.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;

Tel.: 033971 / 72086

Fax: 033971 / 32893

E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Mo. - Fr. 09.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;

Tel.: 03394 / 4997066

Fax: 03394 / 4997065

E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de

Sprechzeiten: Di. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung